

Hallische Zeitung

vorm. im G. Schwesfke'schen Verlage. (Hallischer Courier.)

Anzeige-Gebühren... die Seite 40 Nr.

Nummer 273.

Halle, Sonnabend 21. November 1891.

183. Jahrgang.

Zur zweiten Ausgabe gehören: Erste (Text-) und Zweite (Anzeigen-) Beilage.

Halle, den 20. November.

Politische und vermischte Nachrichten.

Aus der General-Synode wird uns gefolgt: Mehr und mehr dringt der hoffnungsvolle Gedanke auf die General-Synode durch, daß die Verhandlungen nicht wie die früheren vor 6 und 12 Jahren im Wesentlichen ohne Erfolg bleiben. Schon der huldreiche Empfang des Kaisers, so wie das Interesse, welches der Kultusminister den Verhandlungen entgegenbringt, berechtigen zu guten Erwartungen. Ganz besonders verdient aber hervorgehoben zu werden, wie der Eindruck, welchen das Auftreten des neuen Präsidenten des evangelischen Ober-Synodals Dr. Warthausen auf die Mitglieder der General-Synode macht, ein im höchsten Maße Vertrauen erweckend ist. Er selbst, wie die anderen Herren des Ober-Synodals nehmen nicht nur regelmäßig an den taglichen Plenar-Sitzungen, sondern auch meist an den Verhandlungen in den Commissionen Theil. Hierbei wird, nur wenn es unbedingt notwendig ist, der „Kirchenregimentliche“ offizielle Standpunkt eingenommen — nein, der jetzige Präsident bringt den vielfachen dringenden Wünschen und berechtigten Erwartungen der evangelischen Landeskirche ein eingehendes Verständnis und warmes Interesse entgegen, er „arbeitet mit“. Der Erfolg wird nicht ausbleiben, zumal auch in der politischen Vertretung der gesunde Gedanke immer mehr zum Durchbruch kommt, daß unser Volksleben von der sittlichen Mächten des Christenthums erst wieder durchdrungen werden muß, um es zu gelandern und besseren Zuständen zu führen.

Es wird immer unbegrifflich bleiben, daß ein Staatsmann von der hohen Bedeutung Bismarcks die Kräfte stets nur zu unterdrücken bemüht war, welche in der evangelischen Kirche liegen. War es doch vor 6 Jahren jeder seinem mächtigen Einfluß getrieben, zu erreichen, daß das Präsidium der General-Synode von seiner Majestät nicht empfangen wurde, der Kultusminister in den Sitzungen nicht erschien und die Synode vor gründlicher Durchberatung ihrer Vorlagen nach Haus geschickt wurde.

Jetzt steht doch eine andere Luft. Hoffen wir, daß die Erwartungen seiner Majestät des Kaisers erfüllt werden, denen er neulich im Kal. Schloß Ausdruck gegeben hat, daß es auch der General-Synode gelingt, durch ihre Arbeit wesentlich mit beizutragen, um den Unglauben in allen Ständen und die Mächte des Unsinnes erfolgreich zu bekämpfen.

Nach der „Münch. Allg. Ztg.“ hat Herr von Caprivì bereits die Einladung zu einem Diner angenommen, welches Graf Schmalow zu Ehren des Herrn von Giers geben wird, und auch sonst bietet die Gelegenheit zu einem Besuchen in der letzten lebenden Staatsmännern Deutschlands und Nordlands nicht selten.

Den 10. September der kaiserlichen Hofkapelle hat auch der Herr deutscher Studenten in Berlin in feierlicher Weise durch einen großen Festmahl begonnen. Die Festrede hielt v. a. H. D. St. Dr. v. Petersdorf, auch Prof. Wagner nach dem Wort und schloß der Beifall folgte seiner Rede. Namens des akademischen Synodalsverbandes dankte cand. theol. Bortels dem H. D. St. für die Einladung und versprach unverbrüchlich zu ihm

stehen zu wollen, wie es kommen möge. (Schloffer Beifall.) In denselben Sinne sprachen die Vertreter des W. D. St. Charlottenburg, des Akademisch-dramatischen Vereins und des Akademischen Turnvereins. Einer der Gäste widmete sein Glas dem H. D. St. als einem Bismarck-freundlichen Verein. (Schloffer Beifall.) Eine Stunde nach Mitternacht trat die Fideslast die Herrschaft an.

Aus Wroclaw wird vom gestrigen Tage gemeldet: In hiesigen gut informierten kaufmännischen Kreisen verläuft, daß in einigen Tagen das Ausfuhrverbot für Hülsenfrüchte bestimmt zu erwarten ist. In Folge dessen haben bedeutende Bahnanladungen von Hülsenfrüchten nach Preußen statt. — Aus Petersburg meldet die „Russ. Wch.“, daß der Gesundheitszustand des Finanzministers zu ernstlichen Besorgnissen Anlaß gibt.

Ueber eine anderweitige geplante Regelung der Wahlvereinsangelegenheiten in den nächsten Tagen kommissarische Beratungen zwischen dem beteiligten Reichstag auf Grund einer im Reichstagamt angekauften Vorlage. Wahlsche Verordnungen werden in Kürze über eine im Handelsministerium vorbereitete Novelle zur Gewerbe-Ordnung — Einschränkung des § 4 u. f. b. a. d. l. s. — hinausgehen.

Die bei den Wahlvereinsangelegenheiten in Berlin haben die Sozialdemokraten in der ersten in Betracht kommenden dritten Wahlperiode alsbald aufsehensvolle Erfolge errungen. Ihre drei zur Neuwahl lebenden Mandate haben sie bekommen, drei neue dazu erworben, eines von den freien Wählern, zwei von den Conservativen, und sieben in zwei Parteien noch in Schmalz mit den Sozialdemokraten. Auch ist überall eine bedeutende Zunahme der sozialdemokratischen Stimmzahl zu bemerken. Häufig wird das allgemeine gleiche Wohlthun in den Gemeinden, so wären ohne Zweifel die Vertretungen vieler großen Städte, sind aber die sozialdemokratischen Stimmzahl. Die parlamentarische Vertretung in der Berliner Stadtverordneten-Versammlung beruht nur noch in der Mehrheit der Sozialdemokraten und dem Genuß, Einrichtungen, welche ohne die Hilfe der politischen Parteien als rechtlich und unangenehm auf den Verfall verfallen. Wir haben aber noch nichts von fortgeschrittenen Vorschlägen auf Einführung des allgemeinen gleichen Wahlrechts bei Communalwahlen gehört.

Karl Deitrich, der langjährige erste Vorsteher des Hengstenberg'schen Büreau des Hohenheimerbans, ist am Dienstag im Alter von 70 Jahren gestorben.

Die Verurteilung von Krennsteinen sind bei der General-Commission zu Wroclaw nach der Wof. 34. — 8-9000 Hektar angekauft worden.

Antiquar auf Alterresten sind nach einer Bekanntmachung des Reichs-Verordnungsamts in den ersten zehn Monaten des Jahres 1891 in Zahl von 123 318 erkannt worden.

In letzter Zeit wird häufiger bei Nachrichten, welche an die Finanzen des preussischen Staates gestellt werden, auf die Verhältnisse der neuen Einkommensteuer hingewiesen. Man glaubt eine Verbilligung seiner Forderungen um so eher verlangen zu können, als die neue Einkommensteuer beträchtliche Abverkürzungen in Aussicht stellt. Demgegenüber muß doch darauf aufmerksam gemacht werden, daß die Verträge der neuen Einkommensteuer der preussischen Staatskasse nur insofern zu Gute kommen, als der letzteren für das Jahr 1892-93 ein Summe von 80 Millionen daraus zur Verfügung gestellt ist, was erhebt gegenüber dem Staatsausgaben von 1891-92 eine Mehr von etwa 7 Millionen Mark. Bekannt man, daß der Staatsausgaben von 1891-92 gegenüber dem von 1890-91 für die Klassensteuer und für die kapitalistische Einkommensteuer eine Erhöhung von 4 Millionen anwies, also diese Erhöhung auch bei dem alten Einkommensteuersystem durch die Entlastung des Hofstaates innerhalb eines Jahres bedingt war, so würde der Mehrbetrag, welcher der Staatskasse infolge des neuen Einkommensteuersystems zufließen würde, auf etwa 13 Millionen Mark zu veranschlagen sein. Das kann aber wohl nicht als eine Summe angesehen werden, aus welcher alle möglichen Ansprüche befriedigt werden können. Die über 80 Millionen im Jahre 1892-93 aufzunehmende Einnahme an Einkommensteuer ist in den §§ 22 bis 24 des neuen Einkommensteuergesetzes bereits festgesetzt.

und mit zwei Prozent verzinst werden mußte. Ausdrücklich wurde dabei ausgemacht, daß die Zinsen stets in Gold zu zahlen seien. Nach dem Berichte eines hohen Finanzbeamten wurden auf diese Weise während der Regierung des Kaisers 1 700 000 000 (eine Milliarde 700 Millionen) angekauft. Man kennt genau die Summen, welche die Regierung den beiden jetzt zusammengehörigen Häusern Wolff und Sommerfeld gegeben hat. Wolff bekam zuerst 115 000 M. und ein zweites Mal auf seine Bitte 75 000 M. Als letzte Zahlung erhielt er 1887 den Betrag von 140 000 M. Bei den Sommerfelds ging es noch besser, und sie bekamen in einer einzigen Zahlung eine halbe Million. Als sie nun kurz vor dem Sturz des Kaisers nochmals ein Darlehen beanspruchten, verweigerte man ihnen 232 000 M., doch verlangte man die Bürgschaft des Grafen Sommerfeld-Raths Hinzins, des Schwiegervaters des neuen Sommerfeld. Dieses Geschäft geschah sich aber in Folge der Entlassung des Fürsten Bismarck, und Hinzins mußte zwei Häuser verkaufen. . . . Als Bismarck abgetreten war, wurden die Ausgaben zwar nicht vermindert, aber das Geld wurde in viel weniger intelligenter Weise angewandt. Niemand von der Hofgesellschaft und auch kein Offizier erhielt mehr ein Darlehen, und so lagen sie sich gegenseitig, sich zur Verrechnung ihrer dürftigen Mittel auf die Verleumdungen zu legen. Ebenso wurde sich Herr von Caprivì von den Banken ab, und es genügte, daß eine unter Bismarck etwas bekommen hatte, um von seinem Nachfolger gleich von der Liste gestrichen zu werden. Herr von Caprivì soll sich aber sehr tief, und zwar mit Einverständnis des Kaisers, in Spanien eingelassen haben. Die spanischen Bahnen sind das Danaidenwerk geworden, in das man das bisher ein wenig nach allen Seiten vertheilte Geld hineinsteuerte. Deutschland hat bereits eine kleine Eisenbahn in den baskischen Provinzen angekauft, und über sie zu erbauende Bahnen ist man in Unterhandlung. Eine geht über Maastricht nach Sainte Engrace, die andere soll bei Montrejeun ansetzen. Von da könnte das Plateau von

In parlamentarischen Kreisen wird die angebotene Reform des höheren Schulwesens in Preußen andauernd schloß besprochen. Das, was bis jetzt gelehrt und für die nächste Zukunft angebahnt ist, erfordert jedoch eine recht scharfe Kritik, um nicht zu gering, dafür der sogenannten Evidenz-Ausführung vornehmlich zu machen. Dazu liegt nun allerdings die Bedeutung der Vollständigkeit erfahren, kein Grund vor; der Ansicht hätte lediglich die Aufgabe, Verordnungen und Beschlüsse der großen Sachverständigen-Conferenzen in ausführbare Form zu bringen. Der Ansicht, die Evidenz über den Schulbau und dann die Bedeutung der Ministerium zu weiterer Beschleunigung unterbreitet. Auf die Weise ist z. B. bezüglich der Lehrpläne für die höheren Schulen verfahren worden, aber deren einträgliche Fassung dem Anschein nach einmal Mittelstellung gemacht worden ist. Der Ansicht, daß für diese endgültige Gestaltung eben diejenige Bedeutung ausbleibe, geben wir für die neu einwirkende Prüfung bei der Festsetzung nach Oberdeutsch, gegen welche sich gegen im Ausmaß gewichtige Stimmen, wenn auch vergeblich, erhoben hatten.

Der „Reichs- und Staatsanzeiger“ schreibt: „In der Tagespresse wird das neueste Zahlen der Reichs- und Staatsverwaltung in Verbindung gebracht, und bei finsternen Anzeichen begeben an den dreizehntägigen Typus festzuhalten. Es wird dabei auf die dem Grafen v. Helldorf für 1892-93 im Reichs- und Staatsanzeiger über den Schulbau und dann die Bedeutung der Reichs- und Staatsverwaltung, in welcher bei der Verhandlung des Jahresberichts für die zur Zeit noch nicht vollständig abgeklärte die Begebung dreizehntägiger Schulverordnungen in Erwägung gelangt sei. Der Reichs- und Staatsanzeiger lautet: am 2. Januar und 3. Juli zu veranlaßte Schulgesetz besetzte sich am 1. October 1891 auf 628 287 000 M. Da nicht mit Sicherheit übersehen werden kann, ob und wie weit noch eine weitere Begebung von dreizehntägigen Schulverordnungen erfolgen wird, so ist bei der Aufstellung des Reichs- und Staatsberichts für 1892-93 davon ausgegangen, daß die noch offenen Anleiheverträge sämtlich durch Ausgabe dreizehntägiger Schulverordnungen zur Abklärung gelangen werden. Wie der Bericht ergibt, handelt es sich hier nicht um eine Zustimmung des künftigen Reichstages, sondern lediglich um eine Schätzung der Reichs- und Staatsverwaltung für das nächste Jahr. Der bestehenden Meinung entsprechend, schließt sich diese Veranschlagung an das bei den letzten Reichs-Commissionen imgezeichnete Verfahren an, kein wesentlich abweichendes. Einmal ist zu berücksichtigen, daß die zur Begebung der höheren Schulverordnungen wegen des dadurch bedingten höheren Belegungsstatus nicht herabzusetzen. Welche Anleiheverträge für höhere Commissionen gestellt werden wird, kann der Reichs- und Staatsanzeiger nicht angeben, und die Höhe der Anleiheverträge, die hierbei die jeweiligen Verhältnisse des Geldmarktes Würdigung finden müssen.“

Aus der Berliner Finanzwelt.

Verhaftung des Hypotheken-Wallers Siegfried Abrahamson. Der 1. Kammerherr und Landrat im Kreis Hagen, Graf v. Gersdorff, ehemals Besitzer des Rittergutes Hagen, beschuldigt vor ca. zwei Jahren von dem Grafen Abrahamson die Verhaftung des Reichs- und Staatsberichts in zu erwerben. Der Kaufpreis betrug fünf Millionen Mark, welche Graf Gersdorff indes nicht bekam, die bescheidene Güter waren jedoch veräußert, weshalb die fünf Millionen sich bei der am 20. September 1890 anvertrauten Aufstellung hart gerührt werden müßten. Der Herr Graf wollte sich nun an den ihm bekannten Hypothekenwalter Abrahamson und ersuchte denselben um Verhaftung der fünf Millionen, welche hypothekensicher auf die Verhaftung des Reichs- und Staatsberichts eingetragten werden sollten. Der Abrahamson hielt dem Grafen ein solches Verbot für drei Millionen Mark an, welche die Reichs- und Staatsverwaltung bezahlen sollte; für das Vermittlungsgehalt stand Herr Abrahamson die übliche Provision von 1 Proz. ab, die Betrag von 20 000 Mark an. Die letzten zwei Millionen, welche die Berliner Hofkammer darzuleihen. Da der Graf zur Verhaftung des Reichs- und Staatsberichts z. noch eine Summe bedurfte, so ersuchte er Herrn Abrahamson um Verhaftung eines weiteren, also der letzten Million. Dieser wußte die Hofkammer nicht an bestimmen, noch 500 000 Mark auszusuchen, und auch das Berliner Hofkammer erklärte sich bereit, den gleichen Mehrbetrag zu

Arbes und Toulouse schnell gewonnen werden. Es wird dadurch der Beweis geführt, daß der spanische Generalstab sich bei dem Bau französischer Eisenbahnen von den Eingebungen Deutschlands leiten läßt.“

Alto „videant consules“ der bekannte Schluß aller französischen Artikel. Da übrigens die genannten Orte, Maastricht, Montrejeun, z. sämtlich auf französischen Gebiete liegen, braucht Frankreich es sich in der That nicht gefallen zu lassen, daß der spanische Generalstab dort mit deutschem Geld Eisenbahnen baut. Ob die Redaction des „Gclair“ selbst derartigen Widdimn glaubt? Schwerlich! Französische Leser aber fallen immer wieder darauf sicut, und das genügt.

Aleines Feuilleton.

— Was Schwerin schreibt der Vertriebsblätter eines fälschlichen Platts: Wilmshildt rüdt das bedeutende Jahr 1903 immer näher, in welchem die Stadt Wismar nach einem volla gelebten Dasein von Jahre 1803 an Schweden zurückfallen soll. Wenn die Schweden die Summe bezahlen, gegen welche die Stadt Wismar die Verträge eingekauft hat, so beträgt 625 000 Mark; mit Zins und Zinseszins ist die Summe am Verfallende an 108 Millionen Mark angewachsen. Das ist gewiß ein großes Kapital, aber die Stadt Wismar ist auch etwas weiter, wie ihre Bürger, an beiden Ufern des Wismars, der Stadt einzelne Wismarier den schwedischen Antritt vorzuziehen würde, so erkennen die Behörden doch offiziell Schwedens „Eigentumsrecht“ an. Ein eigenenthümliches Beispiel verdient Erwähnung. Im 1877 kaufte das Zollamt von der Stadt ein Grundstück, welches von 1877-80 an zur Errichtung eines Wismarerbaued gebaut. Im Vertrag über diesen Kauf bedingte sich das Zollamt ausdrücklich aus, daß die genannte Summe, 1667-80 50 000 zurückgezahlt würde, in Jahre Schweden 1903 wieder der Reichs- und Staatsverwaltung übergeben werden sollte. Schweden hat den Kauf von 108 Millionen Mark kommen und die Stadt zurückfordern? Das ist eine Frage, die immer breiter wird. Und an allem Unklug bleibt Schweden nicht auch für den Fall bestehen, daß das Geld nicht zur angelegten Zeit bezahlt werden sollte. Schweden hat den Kauf von 108 Millionen Mark, aber bis 2003 warten, das dann aber 2077 und eine halbe Million zu zahlen.

Weiteres in erster Zeit.

Ueber die Ursachen des Berliner Bankstochs“ veröffentlicht die Pariser „Gclair“ einen Artikel, welcher die Ueberlieferung „Unserer Willkür“ trägt und wohl das blühendste sein dürfte, was jemals auf diesem Gebiete geschrieben worden ist. Der Werthwürdigkeit wegen wollen wir dieses Nachwerk wenigstens auszugeweiht unseren Lesern mittheilen. Es heißt darin:

„Der ergreifende Mährtritt des Fürsten Bismarck ist die zwar entfernte, aber unmittelbare Ursache zu den Aufbrüchen an den Ufern der Spree. Schon 1875 sollte die Krisis ausbrechen. Damals war der Handel zu Grunde gegangen. 700 Fabriken waren geschlossen und hatten ihre Arbeiter entlassen. In Berlin waren die Salons geschlossen, und die deutschen Diplomaten gaben ihre Entlassung, weil sie außer Stande waren, ihren Herrscher bei den fremden Mächten zu vertreten. Selbst in der königlichen Familie waren zwei Prinzen vollständig fertig. Die Beamten lebten von der Hand in den Mund und streiften häufig das Strafgefang durch die besondere Art, mit der sie Schulden machten. So der höchst liebenswürdige Graf P., der meistdeficirte Mann in Europa, der alte Freund des Kaisers, der eine und dieselbe Bestimmung an 72 Mäucher verpfändet hatte, und zwar in jedem Falle in doppelter Höhe ihres Wertes. Diese Thatfachen waren dem Fürsten Bismarck durch seine persönliche Polizei bekannt geworden. Mit Genehmigung des Kaisers entnahm er der französischen Kriegesgenossenschaft, die in den Kellern des königlichen Schlosses schlummerte, ungeheure Summen, mit denen er dem Handel, der Industrie, der Hofgesellschaft und den Wänten zu Hilfe kam. Der Kaugler worte, bis ein Haus unmittelbar vor dem Zusammenbruch war. Er studierte dann die Ursachen der Krisis, über sah mit einem Blick die Summe, welche nöthig war, um dem Hause für den Augenblick auf die Beine zu helfen, und machte dann einen Versuch, der erst in entfernter Zeit zurückzuführen war.“

Die heutige Nummer 1. und 2. Ausgabe umfassen mit der Nummer 14 Seiten

der Nummer 14 Seiten

Alljährlich preussisches Landes-Deconomie-Collegium.

III. und IV.

Der 14. 18. November. In der heutigen Sitzung, die gegen 1/4 12 Uhr eröffnet wurde, befasste sich das Landes-Deconomie-Collegium mit der Vungeländer-Deputation...

Mittagsessen. Freiberger v. Giffa (Vorsitz) in Sachsen. Besondere die Angelegenheit der Resolution: Das Landes-Deconomie-Collegium sollte beschließen: den Herrn Minister zu erwidern, geneigt dahin wirken zu wollen, daß die Viehzucht und Landes-Verwaltung in dem Sinne erwogen werde...

Freiberger v. Giffa befragte die Resolution in eingehender Weise. Ob. Oberregierungsrath Müller hielt dem Vorredner entgegen, daß die obigen Resolution nicht zu billigen sei, da das Viehhandlung sich als ausreichend erweisen habe...

Der Antrag des Freiberger v. Giffa angenommen. Freiberger v. Giffa und Freiberger v. Giffa beantragten, hinter den Worten des v. Giffa'schen Wortes: daß den Einzelheiten die Beschlüsse eingeordnet werde, einzuschließen: und Aufhebung der zugehörigen landwirtschaftlichen Central- und Hauptvereine.

Ob. Oberregierungsrath Dr. Weyer weist darauf hin, daß die verordnete Impfung nicht vollzogen worden ist, daß die Impfung zu vermeiden. Landes-Deconomie-Collegium in Berlin in Berlin, die Erträge dieses Verfahrens in der Provinz nicht, der ihm die Gewissheit gebe, daß die Impfung eine sehr schmerzliche Sache ist...

In der Donnerstags-Sitzung wurde die Verhandlung über die Beschlüsse der Deputation gegen den Antrag des Freiberger v. Giffa (Vorsitz) in Sachsen...

Das Landes-Deconomie-Collegium beschloß, dem Herrn Minister zu erwidern, geneigt dahin wirken zu wollen, daß die Viehzucht und Landes-Verwaltung in dem Sinne erwogen werde, daß die Viehzucht und Landes-Verwaltung in dem Sinne erwogen werde...

Freiberger v. Giffa befragte die Resolution in eingehender Weise. Ob. Oberregierungsrath Müller hielt dem Vorredner entgegen, daß die obigen Resolution nicht zu billigen sei, da das Viehhandlung sich als ausreichend erweisen habe...

Der Antrag des Freiberger v. Giffa angenommen. Freiberger v. Giffa und Freiberger v. Giffa beantragten, hinter den Worten des v. Giffa'schen Wortes: daß den Einzelheiten die Beschlüsse eingeordnet werde, einzuschließen: und Aufhebung der zugehörigen landwirtschaftlichen Central- und Hauptvereine.

Ob. Oberregierungsrath Dr. Weyer weist darauf hin, daß die verordnete Impfung nicht vollzogen worden ist, daß die Impfung zu vermeiden. Landes-Deconomie-Collegium in Berlin in Berlin, die Erträge dieses Verfahrens in der Provinz nicht, der ihm die Gewissheit gebe, daß die Impfung eine sehr schmerzliche Sache ist...

die Unablässigkeit und den häufig vorfindenden Kontrollen der Landbesitzer. Die Landbesitzer werden durch größere Bestimmungen der Regierung in der Verwaltung i. w. begeben müssen. Sollte allerdings trotz alledem der Controlen fortzuhalten, dann werde man die Hilfe der Regierung anrufen müssen...

Aus der Provinz Sachsen und ihrer Umgebungen.

Der Landes-Deconomie-Collegium in Sachsen. Der Landes-Deconomie-Collegium in Sachsen. Der Landes-Deconomie-Collegium in Sachsen. Der Landes-Deconomie-Collegium in Sachsen.

Die Angelegenheit der Impfung. Die Angelegenheit der Impfung. Die Angelegenheit der Impfung. Die Angelegenheit der Impfung.

Die Angelegenheit der Impfung. Die Angelegenheit der Impfung. Die Angelegenheit der Impfung. Die Angelegenheit der Impfung.

Die Angelegenheit der Impfung. Die Angelegenheit der Impfung. Die Angelegenheit der Impfung. Die Angelegenheit der Impfung.

14

VIII.

So lange meine Erinnerung reicht, habe ich den unangenehm verblühenden Eindruck nicht zu vermeiden vermocht, den Wachsflügel und andere Larven immer wieder auf's Neue auf mich herabzubringen pflegten. Als ich dann der ersten größeren Wäsklade beizuholte, freigte sich dieser Eindruck bis zur Unheimlichkeit.

Unbegreiflich war mir jetzt die Wichtigkeit, mit welcher die Vorbereitungen zu der beachtlichen Wäsklade getroffen wurden. Man hatte rote und weiße Wäsk ausgegeben, und zwar trotz an solche Personen, die man als Mitglieder der gegenwärtigen Badgesellschaft ansah, weiße an einladende Gäste in andern nahegelegenen Bädern oder Sommerfrähen, sowie an Familien und Alleinlebende aus den benachbarten Städten, welche vorübergehend unser Bad besucht hatten oder der Gesellschaft bekannt waren.

An Mannigfaltigkeit der Wäsk, an buntem, geschmacklosem Durcheinander konnte es also nicht fehlen. Und dies um so weniger, als zahlreiche Gäste sowohl aus Frankfurt, als aus der allerbekanntesten Hauptnarrtenstadt des deutschen Oberries, dem carnevalistischen Mainz, erwartet wurden.

Zogt Jemand hatte mir die unerbetene Ehre widerfahren lassen, mich durch die Zufindung einer roten Karte zur bevorstehenden Teilnahme am Feste zu verpflichten. Doch war ich keineswegs geneigt, dieser Einladung Folge zu leisten. Und um erging mir's, wie dem himmelstarken Dominio des Capitais Warrap seinerzeit in Lucca. Ich war gleichgültig gegen ein Vergnügen, das ich seit meiner Kindheit fastjam und jedesmal ohne besondere Freude genossen hatte.

(35)

Romanbeilage der Hallischen Zeitung.

Franz Starer, Roman von August Becker.

Poll war schon geblieben, aber atmend, die Augen stier auf den Zwischenschiff gerichtet. Dann trat er ab als das Grabmal hin, indem er den Kopf senkte und die Hand auf den Stein legte.

„Also hier! hier!“ seufzte er. „Hier haben sie Dich gebettet! — Armer Franz!“ legte er mit geripptem Tone hinzu, und seine hohe Gestalt bebte und wankte.

Doch fing ich ihn mit meinen Armen auf und suchte ihn empor zu richten, worüber er mich mit einem abweisenden Blick anschaute. „Lass mich,“ bat er dann, indem er mich von sich hinweg drängte. „Dies Grab soll ein lebendig Denkmal haben.“

Und damit sank er auf den Rand des kleinen Hügelns nieder und legte den Kopf in die Hände. Ich glaube, er weinte. Allein es war ein stummes, stilles Weinen. Nachdem er längere Weile in dieser Stellung verharrt, erhob er sich gefaßter und trat von dem Grabe zurück.

„Was ist Dir klar, Poll?“ fragte ich in midem, mitfühlendem Ton. „Dast Du diesen Todten im Leben gefannt?“

„Ob ich ihn gefannt habe!“ Und wer war dieser vielbetrauerte, vielweinte Franz Starer?“

„Der Mann, den sie geliebt im Leben, den sie noch liebt. Sagte ich Euch nicht, sie liebte einen Todten? Aber Ihr wußtet es besser.“

„Und war er dieser Liebe werth?“

„Er war's.“

„Und Du sagst um ihn, Poll?“

„Soll ich es nicht? Und habe doch an meisten Grund dazu.“

„Und Du willst mir keinen weiteren Aufschuß über diesen Selbstmörder geben?“

„Dast sie ihn Dir nicht gab, beweist, daß sie ihn nicht geliebt haben will, frag' also nicht weiter. — Du quälst mich damit. Und nun“, fuhr Poll fort, „sahre mich hinweg. Es ist nicht gut auf Gräbern weilen, wenn man selbst bald liegt.“

„Er war so fng, so edel, — und nun Junter Wurm!“ — „Du fort, mein Freund! Fort von hier!“

Damit hob er wieder seinen Arm in den meinigen und schleppte sich mühsam an meiner Seite des Wegs. Er konnte sich kaum mehr anrecht halten. Die Wäsk regung war zu stark, die Anstrengung zu groß gewesen, mit welcher er in meine Gegenwart seinen Schmerz bekennt hatte. Nun krach er zusammen, noch bevor er den Gahhof vollends erreicht hatte. Meine Arme trugen den Ohnmächtigen, während an meinen Füßeln der Wäsk und seine Tochter herbei eilte, so daß wir den Betäubten noch in den Position brachten, sein Antlitz mit Wasser besprengten und seine Schläfen mit Eiszug kühlten. Als er wieder die Augen aufschlug, fiel sein Blick auf Rätchen, die in ängstlicher Wäsk und liebevoller Teilnahme mit feuchten Wäskern über ihn hand. Er schrak empor, tastete er nach der Hand des jungen Wäskens, und sie wurde ihm ohne Ziererei gewährt. Nun lächelte er und sprach mit schwacher Stimme:

„Es wäre nicht schlimm um den Tod, wenn so freundlich das Erwachen.“

